

Zeitschrift:	Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber:	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band:	65 (1986)
Heft:	11
Artikel:	Zur Lancierung der Ausstiegs-Initiative : für eine neue Energiepolitik
Autor:	Hubacher, Helmut
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-340399

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Für eine neue Energiepolitik

Von SPS-Präsident Helmut Hubacher

Unmittelbar nach «Tschernobyl» wurden von AKW-Verantwortlichen Erkenntnisse preisgegeben, die heute bereits nicht mehr wahr sein sollen. Der Generaldirektor der Internationalen Atomenergiebehörde, Hans Blix, erklärte z.B. drei Wochen nach der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl: «Jetzt ist es passiert. Es kann morgen wieder passieren». Blix schränkte diese Möglichkeit durchaus nicht nur auf die Sowjetunion ein.

In der Juni-Session des Nationalrates schien im Raatssaal Betroffenheit spürbar. Das galt nicht für die Mehrheit. Denn in der Herbst-Sondersession über «Tschernobyl» wurde das bekannte Ritual erneut fortgesetzt: Ja zu Kaiseraugst, nein zum Stromspargesetz, nein zum verbindlichen Ausstiegsauftrag. Die Damen und Herren des parlamentarischen Atomclubs waren in der Juni-Session lediglich in opportunistische Deckung gegangen. Nun sind sie wieder da. Unbelehrbar und rechthaberrisch wie eh und je. «Tschernobyl» wird verdrängt, man tut, als ob fast nichts passiert sei. Atomstrom gilt wiederum als die «sauberste» Energie überhaupt. Dass ganz Europa im Ungewissen war, ob Kinder draussen noch spielen und Salat noch auf den Tisch gebracht werden dürfen, wird «grosszügig» negiert. Heute wissen wir, dass nur drei bis vier Prozent der radioaktiven Substanz aus dem Reaktor von Tschernobyl entwichen war. Diese paar Prozent aber genügten bereits, die halbe Welt zeitweise zu verseuchen und uns alle in Angst und Schrecken zu versetzen. Kaum vorstellbar, was wirklich hätte passieren

können! Gorbatschow liegt mit seiner Feststellung richtig: «Das Schlimmste konnte verhütet werden».

Die Initianten haben ihre Konsequenzen aus «Tschernobyl» gezogen: sie postulieren den Ausstieg aus der Atomenergie. Die am SPS-Parteitag vom Juni dieses Jahres lancierte Idee ist auf guten Boden gefallen. Heute stellt sich ein Initiativkomitee vor, das eine Allianz der fortschrittlichen Kräfte in der Schweiz genannt werden könnte. In dieser Breite gab es eine derartige Zusammenarbeit schon lange nicht mehr. Die Initiative ist nötig, weil, die «Tschernobyl»-Sondersession ist leider Beweis dafür, die offizielle Politik Einsicht und Kraft zur Energie-Wende nicht aufbringen kann oder will. Deshalb hat nun das Stimmvolk das Wort. Es muss politischen Druck, es muss der jetzigen Parlamentsmehrheit Beine machen. Die Ausstiegs-Initiative hat und ist eine grosse Chance. Im Herbst 1984 fehlten zum Erfolg der Atom- und Energieinitiativen ein paar Prozente. Diese wollen und können wir holen. Die Zeit für eine neue Energiepolitik ist reif.

Der Ausstieg beherrscht schon heute die Diskussion. Zumindest hat in der «Tschernobyl»-Debatte kein Politiker erklärt, über Ausstieg müsse oder dürfe gar nicht geredet werden. Aber die Propagandaoffensive der Elektrizitätsverbandswirtschaft läuft an, was nicht ist, kann noch werden. Irgendwann wird der Ausstieg wohl sicher als wirtschaftliches Untergangsszenario diffamiert. Bereits behaupten die Elektrizitätsbarone, Aus-

stieg aus der Atomenergie würde mehr Staat bedeuten. Auf solche Töne haben wir gerade gewartet. Die schweizerische Elektrizitätswirtschaft weist beinahe sowjetische Planwirtschaftsmerkmale auf. Das privatwirtschaftlich-staatlich abgesicherte Monopol lässt weder politische, noch demokratische, noch marktwirtschaftliche Einflüsse zu. Dieses Monopol ist in sich zementiert und muss aufgebrochen werden. Das geht nicht mehr ohne Hilfe des Souveräns. Wer uns schliesslich ein schwarzgemaßtes Katastrophenausstiegszenario vormalen und vortäuschen will, dem sei folgendes in Erinnerung gerufen: Mit Datum vom 30. Juni 1977 untersuchte das EVED die Frage, was passieren würde, wenn die Atomkraftwerke Kaiseraugst und Graben nicht 1987 bzw. nicht 1988 in Betrieb gehen würden: «...Verzögerungen bei der Inbetriebnahme von Kraftwerken hätten zur Folge, dass die Landesversorgung mit elektrischer Energie nicht mehr sichergestellt werden könnte. Durch das Fehlen anderweitiger Beschaffungsmöglichkeiten werden drastische Einschränkungen auf der Abgabeseite nicht zu umgehen sein». Derartige Horrorprognosen wurden in den letzten drei Jahrzehnten im Halbdutzend produziert. Jedesmal waren es Fehlanzeigen. Dass es dereinst ohne Atomkraftwerke möglich sein wird, sicherer und ruhiger zu leben, ist das Ziel unserer Initiative. Wir wollen auf eine Atomtechnik verzichten, die darauf basiert, dass gar nie ein Fehler passieren darf. Diese Unfehlbarkeit ist uns zu gefährlich.